

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Einleitung	1
1. Abschnitt: Die Aufgaben in der staatsanwaltlichen Assessorklausur	1
2. Abschnitt: Erfassen der Aufgabe	2
A. Aktenvollständigkeit	2
B. Bearbeitervermerk	2
C. Lückenlose Aktenkenntnis	3
D. Feststellung des Beschuldigten	3
2. Teil: Das Gutachten	5
1. Abschnitt: Das materiell-rechtliche Gutachten (A-Gutachten)	5
A. Bildung von Tatkomplexen	5
B. Reihenfolge der Prüfung der Tatbeteiligten	5
C. Vorauswahl der Strafgesetze	6
D. Reihenfolge der Deliktsprüfung	6
2. Abschnitt: Zur Prüfung der jeweils im Einzelfall in Betracht kommenden Delikte	7
A. Prüfung der Verdachtsgrade	7
B. Einleitungssatz	8
C. Deliktsbezogene Verfolgungsvoraussetzungen und -hindernisse	9
I. Strafantrag oder besonderes öffentliches Verfolgungsinteresse	10
1. Strafantrag	10
a) Antragsbedürftigkeit des jeweiligen Delikts	10
b) Vorliegen eines Strafantrages	11
c) Antragsberechtigung	11
d) Form und Frist	11
2. Bejahung des besonderen öffentlichen Strafverfolgungsinteresses	12
II. Verjährung	13
1. Ermittlung der Verjährungsfrist	13
2. Verjährungsbeginn	14
3. Verschiebung des Verjährungseintritts: Ruhen oder Unterbrechung der Verjährung	14
III. Tod des Beschuldigten	15
IV. Strafunmündige	15
V. Strafklageverbrauch und sonstige Fälle von Sperrwirkung für die Strafverfolgung	16
1. Sperrwirkungsfähige Entscheidungen	16
a) Umfassende Sperrwirkung	16
b) Sperrwirkung nur für die erneute Verfolgung der Tat als Vergehen oder Ordnungswidrigkeit	16
c) Beschränkte Sperrwirkung, soweit keine neuen Tatsachen oder Beweismittel vorliegen	17
d) Keine Sperrwirkung für erneute Strafverfolgung	17
2. Persönliche Reichweite der Sperrwirkung	17
3. Prozessuale Tatidentität	17
VI. Sonstige Verfahrenshindernisse	20
D. Prüfung und Darstellung der materiell-rechtlichen Merkmale	20
I. Allgemeine Regeln	20

II. Streitstände in Assessorklausuren	21
E. Beweisbarkeit der einzelnen Deliktsmerkmale.....	23
I. Prüfungsstandort	23
II. Beweisbedürftige Tatsachen	23
III. Beweismittel	24
1. Arten	24
2. Unmittelbarkeitsgrundsatz und Ersetzungsverbot in der staatsanwaltlichen Assessorklausur	25
IV. Beweisverbote	28
1. Systematik	28
a) Arten von Beweisverboten	28
b) Rechtsgrundlagen	28
c) Reichweite	29
d) Widerspruch des Beschuldigten	29
2. Beweisverwertungsfragen in der staatsanwaltlichen Assessorklausur	30
a) Verwertungsverbote von Äußerungen Beschuldigter	30
aa) Bei Vernehmungen	30
bb) Außerhalb förmlicher Vernehmungen (§ 136 a StPO analog und „Fair trial“)	34
b) Verwertungsverbote bei Zeugenaussagen	35
aa) Keine Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht (ZVR)	35
bb) Zu erwartende Berufung auf das ZVR in der Hauptverhandlung	36
cc) Keine Belehrung über das Aussageverweigerungsrecht (AVR)	38
dd) Verbotene Vernehmungsmethoden	38
ee) Spezielle Beweiserhebungs- und Verwertungsverbote gegenüber zeugnisverweigerungsberechtigten Personen	38
c) Verwertungsverbote im Zusammenhang mit Zwangsmitteln	39
aa) Körperliche Untersuchungen von Beschuldigten und Zeugen, §§ 81 a, 81 c StPO	39
bb) Durchsuchung, §§ 102 ff., und Beschlagnahme, §§ 94 ff. StPO	40
cc) Überwachung des Fernmeldeverkehrs, §§ 100 a ff. StPO, Abhören in und außerhalb der Wohnung, §§ 100 c ff., 100 f. StPO	42
d) Verbot negativer Schlüsse	43
aa) Aussageverhalten Beschuldigter	43
bb) Aussageverhalten von Zeugen	44
V. Beweiswürdigung	44
1. Einfache Beweiswürdigungen	45
a) Der Beschuldigte ist geständig und seine Einlassung steht im Einklang mit den vorhandenen Beweismitteln	45
b) Der Beschuldigte lässt sich nicht zur Sache ein oder bestreitet den Tatvorwurf und Beweismittel fehlen oder sind unergiebig	46
2. Fälle mit komplexen Beweiswürdigungen	46
a) Zu den einzelnen Beweismitteln	47
aa) Abstrakte Zuverlässigkeit der Beweismittel	47
bb) Gegenstand der Beweiswürdigung bei Angaben von Beschuldigten und Zeugen	48
b) Gesamtbewertung	50
VI. Die strafrechtlichen Zweifelsregeln	52
1. In dubio pro reo	53

2. Postpendenz	54
3. Tatsachenalternativität (unechte oder auch gleichartige Wahlfeststellung)	54
4. Echte (oder auch ungleichartige) Wahlfeststellung	56
F. Konkurrenzen, Ergebnis der materiellen Prüfung und für die Abschlussverfügung relevanten Rechtsfolgen der Tat.....	57
I. Konkurrenzen und Gesamtergebnis	57
II. Für die Abschlussverfügung relevanten Rechtsfolgen der Tat	58
1. Entziehung der Fahrerlaubnis, § 69 StGB	58
2. Einziehung von Taterträgen, Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten	59
a) Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten bei Tätern und Teilnehmern gemäß §§ 74 ff. StGB	59
b) Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern gemäß §§ 73 ff. StGB	60
3. Abschnitt: Das verfahrensrechtliche Gutachten (B-Gutachten)	61
A. Für das B-Gutachten relevante Einstellungsfragen im Zusammenhang mit der (Teil-)Einstellung des Verfahrens	61
I. Einstellung nach § 154 f StPO	62
II. (Teil-)Einstellung nach § 170 Abs. 2 S. 1 StPO	63
1. Selbstständige prozessuale Tat	64
a) Kein hinreichender Tatverdacht für einzelne Delikte derselben prozessualen Tat	64
b) Kein hinreichender Tatverdacht für eine von mehreren prozessualen Taten	65
2. Einstellungsbescheid und Rechtsbelehrung über das Klageerzwingungsverfahren, §§ 171 f. StPO	66
a) Einstellungsbescheid	66
b) Rechtsbelehrung über das Klageerzwingungsverfahren	66
aa) Begriff des Verletzten	66
bb) Privatklagedelikte und Klageerzwingungsverfahren	67
3. Einstellungsnachricht	67
4. Belehrung nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG)	67
5. Aufhebung noch nicht erledigter Zwangsmaßnahmen	67
6. Besonderheiten im Rahmen der (Teil-)Einstellung bei Privatklagedelikten, § 170 Abs. 2 S. 1 StPO	68
a) Prozessuale Tat beinhaltet ausschließlich Privatklagedelikte	69
b) Privatklagedelikte und Officialdelikte in einer prozessualen Tat	69
c) Privatklagedelikte und Officialdelikte ohne Verletzten- eigenschaft in einer prozessualen Tat	69
d) Mehrere prozessuale Taten	70
B. Im B-Gutachten relevante Fragestellungen im Zusammenhang mit der Anklageerhebung	70
I. Bejahung des besonderen öffentlichen Verfolgungsinteresses bei fehlendem Strafantrag	71
II. Bestimmung des zuständigen Gerichts	71
1. Sachliche und funktionelle Zuständigkeit	71
a) Zuständigkeit der allgemeinen Strafgerichte erster Instanz	72
b) Zuständigkeit der Jugendgerichte erster Instanz	73
2. Örtliche Zuständigkeit	74
a) Verfahren gegen Erwachsene	74
b) Verfahren gegen Jugendliche	74

III. Beiordnung eines Pflichtverteidigers	75
IV. Antrag auf Anordnung von Untersuchungshaft	76
1. Antrag auf Erlass eines Haftbefehls gegen noch nicht inhaftierte Beschuldigte nach § 112 StPO	76
2. Anordnung der Fortdauer der Untersuchungshaft (§ 207 Abs. 4 StPO)	77
V. Antrag auf vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	77
VI. Antrag auf Einziehung von Taterträgen, Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten nach §§ 111 b ff. StGB, die Herausgabe beweglicher Sachen gemäß § 111 n StGB und das Absehen von der Einziehung nach § 421 StPO	78
VII. Mitteilungspflichten	80
VIII. Fristen	80
3. Teil: Die Praxisentscheidung der Staatsanwaltschaft	81
1. Abschnitt: Die Abschlussverfügung	81
A. Funktionen und Inhalt staatsanwaltschaftlicher Verfügungen	81
I. Formale Erfordernisse	81
II. Verfügungsinhalte	81
1. Vermerke	81
2. Entscheidungen	81
3. Benachrichtigungen und Mitteilungen	81
4. Anordnungen	82
5. Bescheide und Schreiben	82
B. Inhalt und Form	82
I. Einstellungsverfügung und -bescheid bei einer Einstellung nach § 154 f StPO	82
II. Einstellungsverfügung und -bescheid bei einer Einstellung nach § 170 Abs. 2 S. 1 StPO	83
1. Einstellungsbescheid	83
2. Einstellungsverfügung und -bescheid in Norddeutschland	84
3. Einstellungsverfügung und -bescheid in Bayern und Baden-Württemberg	85
C. Verfügung bei Erhebung der öffentlichen Klage (Begleitverfügung)	87
I. Inhalt der Begleitverfügung	87
1. Einleitungsvermerk	87
2. Abschluss der Ermittlungen	87
3. Beschränkungen der Anklageschrift	88
4. Fertigung der Anklageschrift in Reinschrift	88
5. Entwurf und Überstück der Anklageschrift	88
6. Ablichtung des Bundeszentralregisterauszugs zu den Handakten	88
7. Mitteilungen nach der MiStra	88
8. „U.m.A.“	88
9. Zusätzliche Anträge	88
10. Wiedervorlagefrist	89
II. Muster einer Begleitverfügung	89
1. Typische Begleitverfügung	89
2. Begleitverfügung mit (Teil-)Einstellung	90
a) Begleitverfügung in Norddeutschland	90
b) Entschließung der Staatsanwaltschaft in Bayern	91
c) Entschließung der Staatsanwaltschaft in Baden-Württemberg	92

2. Abschnitt: Die Anklageschrift	92
A. Funktionen und verfahrensrechtliche Bedeutung	92
I. Umgrenzungsfunktion	92
II. Informationsfunktion	93
III. Verfahrensrechtliche Bedeutung	93
B. Form und Inhalt	93
I. Anklagesatz	94
1. Kopf der Anklageschrift	94
2. Adressat der Anklage	94
3. Überschrift mit der Bezeichnung „Anklageschrift“	95
4. „Rubrum“	95
a) Angaben zur Person	95
b) Angaben zur Haft oder Unterbringung	96
c) Benennung des Verteidigers	97
5. Eingangsformel „wird/werden angeklagt“	97
6. Bezeichnung der Tat	97
a) Tatzeit und Tatort	98
b) Deliktsübergreifende Angaben	99
aa) Reifegrad jedes Angeschuldigten	99
bb) Täterschaftsformen und wechselnde Tatbeteiligung	99
c) Sonderfälle Tatsachenalternativität, Postpendenz, Wahlfeststellung	100
d) Konkurrenzen	101
7. Gesetzliche Merkmale der Tat	103
a) Nur die zur Last gelegten Tatbestandsmerkmale	103
b) Die einschlägigen Bestimmungen des Allgemeinen Teils	104
aa) Versuch, § 22 StGB	104
bb) Anstiftung und Beihilfe, §§ 26, 27 StGB	104
cc) Unterlassen, § 13 StGB	105
dd) Qualifikationen und Privilegierungen	105
ee) Vorsatz und Fahrlässigkeit	105
ff) Ungeschriebene Tatbestandsmerkmale und allgemeine Deliktsmerkmale	106
gg) Anschlussdelikte und Vollrausch	106
hh) Rechtsfolgennormen	107
8. Die Konkretisierung	109
a) Diebstahl im Zustand der verminderten Schuldfähigkeit, §§ 242, 21 StGB	109
b) Vorsätzliche Trunkenheit im Verkehr, § 316 StGB, und Entziehung der Fahrerlaubnis, § 69 StGB	110
c) Mittäterschaft, § 25 Abs. 2 StGB, und mehrere gleichartige Straftaten	110
d) § 223 StGB und § 229 StGB	111
9. Angabe der verletzten Strafgesetze	111
10. Strafantrag und besonderes öffentliches Verfolgungsinteresse	112
II. Beweismittel	114
1. Angaben des Angeschuldigten, ggf. auch von Mitangeschuldigten	114
2. Zeugen	114
3. Sachverständige	115
4. Urkunden	115
5. Gegenstände richterlichen Augenscheins („Überführungsstücke“)	115
6. Beiakten	116

